

Berlin, den 11.11.25

Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin
c/o Bezirksamt Mitte von Berlin
Karl-Marx-Allee 31
10178 Berlin

Betr. Zunehmende Verwahrlosung, Sicherheitsdefizite und Gentrifizierungsfolgen in Moabit (Westfälisches Viertel)

Sehr geehrte Abgeordnete der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin,

ich lebe seit dem 1. Februar 2004 im Westfälischen Viertel, ich bin Mieterin im Bundesratufer 12. Ich beobachte seit mehr als zwanzig Jahren eine fortschreitende Verwahrlosung und Verrohung meines Wohn- und Lebensumfeldes.

Mir ist bewusst, dass innerstädtisches Wohnen naturgemäß mit einer höheren Geräusch- und Aktivitätsdichte verbunden ist. Das habe ich so entschieden. Mein Anliegen richtet sich daher nicht gegen das urbane Leben an sich, sondern gegen die zunehmende Entstehung rechtsfreier Räume sowie die sichtbar nachlassende behördliche Kontrolle im Kiez.

Die geschilderten Entwicklungen sind im Westfälischen Viertel deutlich sichtbar. Nach meinen Beobachtungen stammen die Verursacherinnen und Verursacher dieser Zustände aus allen sozioökonomischen Schichten. Es handelt sich nicht um ein Problem einzelner Gruppen, sondern um ein breiteres gesellschaftliches Phänomen von Rücksichtslosigkeit, Normauflösung und fehlender Verantwortungsübernahme.

1. Beschreibung der aktuellen Situation

1.2 Illegale Autorennen und gefährliche Fahrmanöver

Im Bereich Stromstraße, Levetzowstraße (Tempo-30-Zone), Turmstraße, Alt-Moabit und angrenzenden Nebenstraßen finden jeden Abend und bis in die Nachtstunden illegale Autorennen, Beschleunigungsfahrten und gefährliche Fahrmanöver statt.

Diese Vorgänge sind nicht vereinzelt, sondern täglich wiederkehrend und gehen mit extrem lauten Motor- und Auspuffgeräuschen einher, teilweise durch technisch manipulierte und/oder hochmotorisierte Fahrzeuge.

Eine regelmäßige Polizeipräsenz oder Geschwindigkeitskontrollen sind nicht feststellbar. Nach Kenntnis der Anwohnerschaft finden keine systematischen Kontrollen statt. Die Lärmbelastung ist erheblich und beeinträchtigt sowohl die Nachtruhe als auch die Sicherheit im gesamten Umfeld. Insbesondere die Levetzowstraße, obwohl als Tempo-30-Zone ausgewiesen, und die Stromstrasse werden regelmäßig als Rennstrecke genutzt.

2.2 Lärmbelästigungen und Gefährdungen durch Pyrotechnik

Seit Jahren kommt es im Viertel regelmäßig zum Zünden von Pyrotechnik, insbesondere im Umfeld des Gymnasiums Tiergarten (Altonaer Straße). Das Gelände ist offenbar auch in den Abend- und Nachtstunden frei zugänglich.

Bereits am 31. Oktober dieses Jahres wurden beispielsweise ab dem Mittag durch Gruppen Jugendlicher wiederholt extrem laute Böller gezündet. Diese Vorfälle setzen sich erfahrungsgemäß über den gesamten Winter fort – mit einem Schwerpunkt von November bis März des Folgejahres.

Die Folgen sind gravierend:

- massive nächtliche Lärmbelastung über viele Monate hinweg
- Gefährdung von Menschen und des Straßenverkehrs durch gezielt auf Passanten und Autos geworfene Böller
- erheblicher Stress für Haus- und Wildtiere infolge wiederholter Explosionen
- mutmaßlich ganzjähriger Verkauf von Pyrotechnik in sogenannten Spätverkaufsstellen („Spätis“) und anderen Kiezgeschäften, obwohl der Verkauf nach der Ersten Sprengstoffverordnung (§ 23 1. SprengV) nur an den letzten drei Werktagen des Jahres zulässig ist

Das wiederkehrende und unkontrollierte Abbrennen von Pyrotechnik stellt eine klare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und einen anhaltenden Rechtsverstoß dar.

2.3 Grünanlage an der Spree – Parties, Drogenkonsum, -handel und Vermüllung

In der Grünanlage am Bundesratufer kommt es regelmäßig zu Drogenkonsum und -handel. Vor allem in den Sommermonaten treten dort lautstarke Parties, Alkoholkonsum, Vermüllung und nächtliche Ruhestörungen auf.

Die Anlage wird als inoffizieller Treffpunkt für Parties genutzt und verschmutzt zurückgelassen. Diese Zustände führen zu Belästigung und Verunsicherung der Anwohnerinnen und Anwohner, zu einem deutlichen Verlust der Aufenthaltsqualität und verstärken den Eindruck einer fehlenden Kontrolle durch die Behörden.

2.4 Wohnsituation und Gentrifizierungsfolgen

Parallel zur Sicherheitsproblematik bestehen gravierende Missstände in Bezug auf die Wohnsituation von Mieter:innen.

Auf der Website der Mieter:innengemeinschaft des Bundesratufer 12 <https://bundesratufer12.de> dokumentiere ich unregelmäßig die Folgen der Gentrifizierung im Westfälischen Viertel und die daraus resultierenden Probleme.

Mietforderungen im Kiez übersteigen häufig die ortsübliche Vergleichsmiete gemäß Berliner Mietspiegel deutlich und widersprechen damit der Mietpreisbegrenzung nach § 556d BGB (Mietpreisbremse).

Neben den massiven Folgen für Mieter:innen durch Luxussanierungen, Mieterhöhungen, Umwandlung von Wohnraum und Eigenbedarfskündigungen im Kiez sei hier beispielhaft die Situation in der Krefelder Straße 10 genannt:

- Dauerhafte Bauarbeiten unter Missachtung von Ruhezeiten und Bauvorschriften
- Langfristige Nichtvermietung zahlreicher Wohnungen
- Überbelegung von Wohnungen durch Arbeitergruppen aus Südosteuropa
- gezielte versuchte und umgesetzte Verdrängung von Altmieteerinnen und Altmietern durch Lärm, unterlassene Instandhaltung und Schädlingsbefall (Ratten, Kakerlaken)

Diese Vorgänge verstoßen gegen das Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwVbG) und die zugehörige Verordnung (ZwVbVO), die seit dem 1. Mai 2014 im gesamten Land Berlin gilt. Trotz wiederholter Meldungen an das Bezirksamt Mitte ist bislang keine konsequente Durchsetzung der gesetzlichen Vorgaben erkennbar.

2.5 Stadtbild und gesellschaftliche Wahrnehmung

Die bundesweite Diskussion über das sogenannte 'Stadtbild' betrifft Moabit in besonderer Weise. Für mich ist sie keine abstrakte Debatte, sondern eine alltäglich erlebbare Realität, die ich seit über zwanzig Jahren im Westfälischen Viertel beobachte. Das Stadtbild spiegelt die Verdichtung sozialer, ökonomischer und politischer Konflikte wider. Wie Cihan Sinanoğlu in seinem Essay 'Hinter dem Stadtbild' (taz, 25. 10. 2025¹) herausarbeitet, sind es nicht Migration oder kulturelle Vielfalt, die die innerstädtische Wirklichkeit prägen, sondern die Folgen politischer und sozialer Ungleichheit – Wohnungsknappheit, Prekarisierung, mangelnde Kontrolle und die ungleiche Verteilung von Raum und Teilhabe.

In Moabit zeigt sich diese Dynamik besonders deutlich: Jugendliche Gruppen mit Migrationshintergrund zünden regelmäßig Pyrotechnik, verursachen Lärm und Unsicherheit. Diese Erscheinungen sind Symptome einer sozialen Entkopplung, nicht deren Ursache. Ähnliche Muster lassen sich in anderen Regionen beobachten, etwa in meinem Arbeitsort Eberswalde, wo rechtsextrem geprägte deutsche Jugendliche durch dasselbe Verhalten auffallen. Das Problem liegt meiner Ansicht nach nicht in der Herkunft der Beteiligten, sondern in einem gesamtgesellschaftlichen Verlust an Rücksicht, Verantwortungsgefühl und sozialer Bindung.

¹ Sinanoğlu, Cihan (2025): Hinter dem Stadtbild. In: taz – die tageszeitung, 25. Oktober 2025.

Sinanoğlu beschreibt treffend, dass sich soziale Ungleichheit im Stadtbild 'ablesen' lässt – nicht als kultureller Unterschied, sondern als Ausdruck struktureller Vernachlässigung (vgl. Sinanoğlu, taz, 2025). In Moabit zeigt sich diese Vernachlässigung in der Gleichzeitigkeit von aufgewerteten Luxusneubauten, Umwandlung von Wohnungen, sichtbarer Armut, Lärm, Vermüllung und fehlender öffentlicher Kontrolle. Das Stadtbild ist daher kein Beleg für ein Scheitern von Integration, sondern für eine unzureichende politische Gestaltung sozialer Gerechtigkeit. Wer das äußere Erscheinungsbild problematisiert, ohne seine Ursachen zu benennen, verschiebt Verantwortung – weg von der Politik, hin zu denjenigen, die unter den strukturellen Bedingungen am stärksten leiden (vgl. Sinanoğlu, taz, 2025).

3. Soziale und gesellschaftliche Ursachen

Die beschriebenen Entwicklungen sind Ausdruck einer zunehmenden Verwahrlosung und Verrohung des öffentlichen Raums, die sich im Kiez deutlich beobachten lässt.

Nach meinen langjährigen Beobachtungen stammen die Verursacherinnen und Verursacher dieser Zustände aus allen sozioökonomischen Schichten. So gehören dazu nicht nur jugendliche Gruppen mit bildungsfernem Hintergrund, sondern ebenso offensichtlich wohlhabende Neubewohnerinnen und Neubewohner, die mit hochmotorisierten Luxusfahrzeugen regelmäßig durch die engen Wohn- und Spielstraßen des Viertels fahren und damit gleichermaßen zur Lärmbelastung und Gefährdung beitragen.

Die Situation wird zusätzlich verschärft durch Immobilieninvestoren und Umwandlungsunternehmen, die mit aggressiven Verdrängungsstrategien und spekulativem Leerstand zur sozialen Entmischung beitragen.

Gemeinsam ist all diesen Erscheinungsformen ein Mangel an sozialer Verantwortung, Rücksicht und Rechtsbewusstsein, der die Lebensqualität und das Zusammenleben im Viertel zunehmend beeinträchtigt.

4. Auswirkungen auf die Lebensqualität

- Verlust des subjektiven Sicherheitsgefühls und Rückzugsverhalten vieler Anwohnerinnen und Anwohner
- Verdrängung von Mieter*innen durch Luxussanierung, Umwandlung und Mieterhöhungen
- Zunahme gesundheitlicher Belastungen durch Lärm, Schlafstörungen und Dauerstress
- Sichtbare Verwahrlosung von Straßen, Grünflächen und Wohngebäuden
- Soziale Spaltung und Vertrauensverlust in staatliche Institutionen

5. Einschätzung der behördlichen Reaktion

Polizei, Ordnungsamt und Bauaufsicht sind im betroffenen Gebiet kaum sichtbar oder nicht präsent. Allein Mitarbeiter:innen des Ordnungsamtes kontrollieren regelmäßig die Einhaltung der Vorschriften zur Parkraumbewirtschaftung.

Auf Beschwerden folgen meist formale Eingangsbestätigungen, jedoch keine nachhaltigen Maßnahmen. Trotz klarer Rechtsgrundlagen (Sprengstoffverordnung, ZwVbG, BGB)

werden Verstöße nicht konsequent geahndet. Diese Untätigkeit führt zu einer zunehmenden Eindruck des Entstehens rechtsfreier Räume und einem Gefühl der Schutzlosigkeit bei Anwohner:innen.

6. Forderungen und Anregungen

Ich ersuche die Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, folgende Punkte zu beraten und umzusetzen:

1. Polizeiliche Präsenz und Verkehrskontrollen in Stromstraße, Levetzowstraße, Turmstraße, Alt-Moabit und Umgebung
2. Konsequente Ahndung illegaler Pyrotechniknutzung und Kontrolle des Verkaufs in Spätverkaufsstellen gemäß § 23 1. SprengV
3. Überprüfung der Wohnsituation in der Krefelder Straße 10 auf Verstöße gegen das Zweckentfremdungsverbot-Gesetz (ZwVbG) und die Mietpreisbegrenzung (§ 556d BGB)
4. Koordinierte Maßnahmen von Polizei, Ordnungsamt, Schulverwaltung und Veterinäramt zum Schutz von Mensch und Tier
5. Bauliche Sicherung des Geländes des Gymnasiums Tiergarten außerhalb der Unterrichtszeiten
6. Stärkere strukturelle Unterstützung des Grünflächenamtes:
 - Die Mitarbeiter:innen des Grünflächenamtes und der Berliner Stadtreinigung leisten täglich hervorragende Arbeit, können jedoch die anhaltende Vermüllung der Grünanlagen insbesondere im Sommer trotz intensiver Reinigung nicht eindämmen.
 - Die Zustände sind zeitweise vergleichbar mit den bekannten Situationen an der Admiralsbrücke in Kreuzberg und erfordern zusätzliche personelle und ordnungspolitische Maßnahmen.
7. Einrichtung einer festen Ansprechperson im Bezirksamt und/oder bei der Polizei für Moabit / das Westfälische Viertel
8. Regelmäßige öffentliche Berichterstattung über eingeleitete Maßnahmen und erzielte Fortschritte

7. Schlussbemerkung

Die geschilderten Zustände bestehen seit vielen Jahren und haben sich in jüngster Zeit deutlich verschärft. Ich bitte um Ihre schriftliche Stellungnahme.

Eine Kopie dieses Schreibens sende ich an Jian Omar, Abgeordneter der Abgeordnetenhaus Berlin, Annika Klose, Hanna Steinmüller und Stella Merendino, Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie an die Redaktion des Tagesspiegels.

Mit freundlichen Grüßen

 Bundesratufer 12 10555 Berlin